



## Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa: Slowenien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

### *Vier Schwerpunkte im Fokus*

Slowenien hat am 01.07.2021 von Portugal den halbjährlich wechselnden Ratsvorsitz übernommen und schließt damit die Triopräsidentschaft mit Deutschland und Portugal ab. Es ist die zweite Präsidentschaft Sloweniens seit dem Beitritt zur EU. Die Ständige Vertretung in Brüssel hat dazu ihr Team verdreifacht, man versucht trotz der leichten pandemischen Entspannung viele „Brussels based“ Termine zu organisieren. Die darauffolgende Triopräsidentschaft setzt sich aus Frankreich (1. HJ 2022), der Tschechischen Republik (2. HJ 2022) und Schweden (1. HJ 2023) zusammen. Die Präsidentschaft fällt in den Zeitraum einer politisch relevanten Rede zur Lage der Union der Kommissionspräsidentin im September 2021 vor dem Europäischen Parlament (EP). Alle legislativen Vorschläge, die bis dahin nicht von der Kommission angekündigt bzw. zeitnah veröffentlicht wurden, dürften wegen des anstehenden „Midterm“ keine Aussicht auf eine erfolgreiche Verabschiedung unter der aktuellen Kommission bzw. in der laufenden Legislaturperiode des EP haben.

Der slowenische Vorsitz folgt mit dem Motto „Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa“ dem Ton der Triopräsidentschaft. Slowenien legt seine Schwerpunkte auf die wirtschaftliche Erholung der EU sowie auf die Stärkung ihrer Resilienz und ihrer strategischen Autonomie; auf Überlegungen zur Zukunft Europas im Rahmen der Zukunftskonferenz, auf Rechtsstaatlichkeit und gleichberechtigte Achtung der europäischen Werte und auf die Erhöhung von Sicherheit und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft. -Slowenien benennt vier Schwerpunkte:

**Resilienz, wirtschaftlicher Aufbau und strategische Autonomie der EU:** Resilienz gegen Pandemien und Cyberattacken, strategische Autonomie mit Fokus auf Krisenresilienz und wirtschaftliche Aspekte, Implementierung des „NextGenerationEU“ (NGEU) und Verabschiedung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, grüne Transformation, vor allem das für den 14.07.2021 angekündigte „Fit-für-55-Paket“, digitale Transformation (Resilienz kritischer Infrastruktur, Künstliche Intelligenz (KI) sowie der digital services act (DSA) und der digital market act (DMA).

**Konferenz zur Zukunft Europas:** Slowenien sieht sich eher in einer prozessual begleitenden Rolle. Der bisher vorgesehene Zeitplan zum Abschluss unter französischer Präsidentschaft (Frühjahr 2022) wird hinterfragt. Es sind die Durchführung von zwei Plenarversammlungen und mehreren europäischen Bürgerforen vorgesehen.

**Rechtsstaatlichkeit, Europäische Lebensweise und gleiche Maßstäbe für alle:** Slowenien definiert in seinem Programm die Rechtsstaatlichkeit im Zusammenhang mit historischen Erfahrungen sowie nationaler Identität. Der Rechtsstaatsdialog im Rat, Art. 7 Verfahren gegen Ungarn und Polen, soll eitergeführt werden. Unter dem Dach des fortgesetzten Dialogs der Rechtsstaatlichkeit wird der sehr umstrittene Vorschlag einiger Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer „Europäischen Stiftung für konstitutionelle Demokratie“ aufgegriffen, Slowenien bietet sich an, eine solche Institution zu beherbergen.

**Glaubwürdige und sichere EU, die Sicherheit und Stabilität auch in ihrer Nachbarschaft gewährleisten kann:** einen wichtigen Schwerpunkt bildet der Westbalkan. Dazu ist ein Gipfel für den 06.10.2021 in Slowenien angekündigt (am Vorabend des informellen Treffens des Europäischen Rates zum Verhältnis China und Handel). Die Bereiche Erweiterung, Bekämpfung illegale Migration und Schengenraum, Stärkung der transatlantischen Beziehungen und EU-NATO-Beziehungen, Cybersicherheit und hybride Bedrohungen, (östliche) Nachbarschaftspolitik sowie die Gestaltung des strategischen Kompasses bilden weitere Schwerpunkte.

Die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene wird von Deutschland bislang als konstruktiv eingeordnet. Demnach werde die Gestaltungskraft der Ratspräsidentschaft auch von der innenpolitischen Stabilität der Regierung des Ministerpräsidenten Janez Janša abhängen. Er regiert seit dem Austritt eines



Koalitionspartners im Dezember 2020 ohne parlamentarische Mehrheit. Ein Misstrauensvotum im März 2021 gewann die Regierung deutlich, weitere Abstimmungen im Mai fielen nur noch knapp aus.

## Finanzen

### NextGenerationEU

Ökonomische Erholung und Resilienz sind ein besonderes Augenmerk des slowenischen Ratsvorsitzes in finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Slowenien ist insbesondere bestrebt, den Prozess der Billigung nationaler Aufbau- und Resilienzpläne schnellstmöglich abzuschließen. Denn erst dann können Gelder auf Grundlage der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Kernelement des Aufbauinstruments NextGenerationEU, fließen. Zahlreiche nationale Pläne wurden seitens der Kommission bereits positiv bewertet. Nach Abschluss der Bewertung durch die Kommission hat der Rat vier Wochen Zeit, um die von der Kommission vorgeschlagenen Durchführungsbeschlüsse anzunehmen. Die slowenische Präsidentschaft äußerte sich optimistisch dahingehend, dass die ersten Pläne formell wirksam durch den Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) anlässlich seiner Sitzung am 13.07.2021 gebilligt werden könnten. Sofern erforderlich, will man im Sommer einen weiteren Rat einberufen, um weitere Pläne anzunehmen.

### Haushalt

Ebenfalls bedeutsam ist die Verabschiedung des Haushalts 2022. Die Kommission hat ihren entsprechenden Entwurf am 08.06.2021 vorgelegt. Geplant ist derzeit, dass der Rat seine Position bis Mitte Juli erarbeiten wird. Das Europäische Parlament (EP) wird seinen offiziellen Standpunkt im Herbst festlegen. Es wird dann – üblicherweise im Spätherbst – ein besonderer Vermittlungsausschuss einberufen, um die Standpunkte von EP und Rat in Einklang zu bringen. Der Ausschuss hat daraufhin 21 Tage Zeit, um sich auf einen gemeinsamen Haushaltsplan zu einigen.

### Stabilitäts- und Wachstumspakt

Mit dem Ziel einen möglichst nachhaltigen Aufschwung zu gewährleisten, will der slowenische Ratsvorsitz auch eine Debatte über die „Umsetzung von Haushaltsregeln der EU“ anregen. Hierbei komme es – so das Präsidentschaftsprogramm – darauf an, ein Gleichgewicht zwischen einer effektiven Unterstützung des Wirtschaftswachstums und einer langfristigen Stabilität der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Die beabsichtigte Debatte steht im Zusammenhang mit der durch die Kommission bereits vor Ausbruch der Pandemie angestoßenen Diskussion über eine mögliche Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Es ist davon auszugehen, dass die nach der Bundestagswahl wieder an Fahrt aufnehmen wird (vgl. hierzu auch u.a. EU-Wochenbericht Nr. 24-2021 vom 28.06.2021).

### Finanzdienstleistungen/Bankenunion

Ein wichtiges Projekt im Bereich Finanzdienstleistungen ist die Basel III Finalisierung (sog. Basel IV) als das letzte Element des internationalen Bankenaufsichtsstandards des Baseler Ausschusses für Bankenregulierung (BCBS) vom Dezember 2017. Mit den entsprechenden Legislativvorschlägen der Kommission, die eine Überarbeitung der Eigenkapitaladäquanzverordnung und –Richtlinie zum Gegenstand haben werden, wird derzeit für September 2021 gerechnet.

Im Hinblick auf das Versicherungswesen überprüft die Kommission derzeit die Richtlinie „Solvabilität II“, die darauf abzielt, die Sicherheit und Kapitaladäquanz von Versicherungsunternehmen zu gewährleisten. Einen Reformvorschlag wird die Kommission voraussichtlich nach der Sommerpause vorlegen. Weder im Hinblick hierauf noch bzgl. der Basel III-Umsetzung wird allerdings damit gerechnet, dass eine allgemeine Ausrichtung im Rat unter der slowenischen Ratspräsidentschaft erreicht werden kann.



Finanzpolitisch bedeutsam werden darüber hinaus die Themen „Geldwäschebekämpfung“ und „sustainable finance“ sein. So strebt Slowenien zügige Beratungen im Rat hinsichtlich des am 20.07.2021 erwarteten Legislativpakets zur Geldwäschebekämpfung an. Die Legislativvorschläge dürften u.a. auf den unter deutscher Ratspräsidentschaft beschlossenen Ratschlussfolgerungen beruhen. Im Hinblick auf den mit der neuen Sustainable Finance Strategie der Kommission am 06.07.2021 vorgelegten Legislativvorschlag der Kommission zu einem freiwilligen EU-Standard für grüne Anleihen (vgl. hierzu den gesonderten Beitrag im vorliegenden Wochenbericht) möchte Slowenien noch eine allgemeine Ausrichtung unter der eigenen Ratspräsidentschaft erreichen.

Zum digitalen Finanzwesen hatte die Kommission am 24.09.2020 ein Maßnahmenpaket vorgelegt (vgl. hierzu EU-Wochenbericht Nr. 32-2020 vom 28.09.2020), das u.a. Legislativvorschläge zur Regulierung des Kryptowährungsmarktes (Regulation on Markets in Crypto Assets – MiCA) und zur digitalen Betriebsstabilität (Digital Operational Resilience Act – DORA) enthält. In beiden Legislativvorhaben sind die Beratungen im Rat weit gediehen. Mit einer baldigen allgemeinen Ausrichtung des Rats wird insoweit gerechnet.

Schließlich will Slowenien die „Aktivitäten im Rahmen der Bankenunion“ fortsetzen. Anlässlich des Euro-Gipfels am 25.06.2021 hatten zuletzt die Staats- und Regierungschefs die Euro-Gruppe im inklusiven Format der EU27 ersucht, unverzüglich auf Konsensbasis einen mehrstufigen und an Fristen geknüpften Arbeitsplan für alle noch ausstehenden Komponenten zu vereinbaren, die zur Vollendung der Bankenunion erforderlich sind. Die Aufstellung eines derartigen Plans war kurz zuvor noch u.a. an der Uneinigkeit innerhalb der Eurogruppe über die regulatorische Behandlung von Staatsanleihen gescheitert. In dem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Kommission gegen Ende 2021 Legislativvorschläge zur Überarbeitung des Rahmens für das Krisenmanagement von Banken vorlegen möchte. Noch ist nicht klar, ob und inwieweit diese das Thema europäische Einlagensicherung zum Gegenstand haben werden.

## **Steuern**

Im Bereich Steuern soll sich die Arbeit u.a. auf die Dossiers Digitalsteuer und CO<sub>2</sub> Grenz- ausgleichssystem konzentrieren. Letzteres ist Bestandteil des so genannten Fit for 55-Pakets, das die Kommission am 14.07.2021 vorlegen wird. Im Hinblick auf die Digitalabgabe hatte die Kommission die Vorlage ihres Legislativvorschlags ursprünglich für den 14.07.2021 und dann für den 20.07.2021 vorgesehen. Wegen der sich abzeichnenden Einigung auf internationaler Ebene zur Neujustierung der internationalen Unternehmensbesteuerung hat sich die Kommission nunmehr entschieden, die Vorlage des Vorschlags zurückzustellen. Im Herbst soll die Situation neu bewertet werden.

Weiteres Thema im legislativen Bereich ist die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie; der insoweit zu erwartende Vorschlag wird ebenfalls Bestandteil des fit for 55-Pakets am 14.07.2021 sein. Im nichtlegislativen Bereich werden die Aktualisierung der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke und die Arbeit an der Reform des Umfangs des Mandats der Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ im Mittelpunkt stehen.

## **Wirtschaft**

Das Programm der slowenischen Ratspräsidentschaft enthält im Rahmen der Priorität „Resilienz und Aufbau der Europäischen Union. Strategische Autonomie der Europäischen Union.“ die wesentlichen Bezüge zur Wirtschafts-, Innovations-, Digital- und Handelspolitik. Unter dem Gesichtspunkt der Resilienz wird insb. der Cybersicherheit eine große Bedeutung beigemessen. Dementsprechend möchte die slowenische Ratspräsidentschaft die diesbezüglichen Gesetzgebungsverfahren (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 44-2020 vom 21.12.2020) voranbringen und in verschiedenen Formaten (z.B. hochrangige Konferenz zur Cybersicherheit) – auch unter Einbindung des Westbalkan – adressieren. Man möchte außerdem die Selbstversorgung im Bereich der Gewährleistung und Verwaltung von Vorräten an Sachgütern und Leistungen auf ein höheres Niveau bringen. Das steht in engem Zusammenhang mit den Gesundheitssystemen und anderen kritischen Infrastrukturen. Das Thema wird



außerdem innerhalb der Priorität „Eine glaubwürdige und sichere Europäische Union. Eine Union, die auch die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann.“ behandelt. Die zentralen Ratsformationen sind der Rat für allgemeine Angelegenheiten (u.a. zur Gemeinsamen Cyber-Einheit, vgl. EU-Wochenbericht Nr. 24-2021 vom 28.06.2021), für auswärtige Angelegenheiten (u.a. Zusammenarbeit mit Partnern wie den USA) sowie der Telekommunikationsrat, welcher sich auch mit Themen wie der Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 44-2020 vom 21.12.2020) befassen wird.

Der Aspekt der strategischen Autonomie soll in Bereichen wie der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischer Ausrüstung sowie der Industrie- und Energiepolitik und der Lebensmittelversorgung eine wichtige Rolle spielen. Die technologische Souveränität, die Sicherheit und Autonomie der europäischen Raumfahrtindustrie sowie die handelspolitische Dimension werden ebenfalls aufgegriffen. Es soll sowohl um den Schutz des Binnenmarkts und strategischer Investitionen sowie den Zugang (auch von KMU) zu globalen integrierten Wertschöpfungs- und Lieferketten gehen. Die zentrale Ratsformation ist hier der Wettbewerbsfähigkeitsrat zu den Bereichen „Binnenmarkt und Industrie“. Im Hinblick auf die internationale Dimension ist die Ratsformation zu „Auswärtigen Beziehungen (Außenhandel)“ besonders relevant. Darin werden die neue Handelsstrategie (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 07-2021 vom 22.02.2021), die Arbeiten bzgl. der Welthandelsorganisation (WTO) sowie das Verhältnis zu Drittstaaten wie den USA und die bilateralen Abkommen mit Mexiko und Mercosur oder deren Verhandlung wie im Falle von Australien und Neuseeland angeführt. Außerdem sollen die Arbeiten am Gesetzgebungsprozess zum Instrument für das internationale Beschaffungswesen (IPI, Standpunkt des Rates am 02.06.2021 beschlossen) fortgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau wird der Prozess zur Billigung der Aufbau- und Resilienzpläne (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 24-2021 vom 28.06.2021 zum deutschen Aufbau- und Resilienzplan) genannt. Das Thema wird ebenso wie die Eigenmittel aus Digitalabgabe und CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem in der Ratsformation zu „Wirtschaft und Finanzen“ behandelt. Bezüge gibt es beim Aufbau auch zur Kohäsionspolitik, wobei hier der Austausch zur zukünftigen Ausrichtung sowie die Kommunikation gegenüber Bürgerinnen und Bürgern nach dem erfolgreichen Abschluss der entsprechenden Gesetzgebungsverfahren im Vordergrund steht. Daneben greift die slowenische Ratspräsidentschaft die Kreislaufwirtschaft, kritische Rohstoffe sowie Aspekte des Binnenmarkts wie die Beseitigung der grenzüberschreitenden Hindernisse im Dienstleistungsbereich, die Standardisierung und die Gestaltung eines Krisenmechanismus für den Binnenmarkt auf. Das Funktionieren des Binnenmarkts wird außerdem im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit unter der Priorität „Eine Union, die die europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleiche Maßstäbe für alle fördert.“ aufgegriffen. Die Wiederherstellung bestimmter industrieller Ökosysteme soll ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen. Hierbei hebt die Ratspräsidentschaft sehr umfassend den Ausbau des Tourismussektors hervor, der ebenfalls in verschiedenen Formaten (u.a. informelle Ministertagung) behandelt werden soll. Für die aufgeführten Themen ist ebenfalls der Wettbewerbsfähigkeitsrat zuständig. Es sollen darin außerdem sowohl die Förderung von KMU und Start-ups sowie der Kreativwirtschaft als auch die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen und Fragen des geistigen Eigentums erörtert werden. Zudem sollen Themen der neuen Verbraucheragenda (vgl. zuletzt EU-Wochenbericht Nr. 25-2021 vom 05.07.2021 zur Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie) und die Aktualisierung der Industriestrategie (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 17-2021 vom 10.05.2021) behandelt werden.

Im Hinblick auf die digitalpolitischen Aspekte des Aufbaus werden sowohl die grundsätzlichen Ziele zu Konnektivität, digitaler Infrastruktur (inkl. 5G) und Kompetenzen als auch die verschiedenen Gesetzgebungsverfahren aufgegriffen. Zu den Gesetzgebungsverfahren zählen das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) und dem Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA, vgl. zu beiden EU-Wochenbericht Nr. 44-2020 vom 21.12.2020 und EU-Wochenbericht Nr. 24-2021 vom 28.06.2021), das Gesetz über künstliche Intelligenz (KI) (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 15-2021 vom 26.04.2021), die Verordnung über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Roaming-Verordnung, vgl. EU-Wochenbericht 08-2021 vom 01.03.2021) und das Daten-Governance-Gesetz (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 41-2020 vom 30.11.2020).



Im Hinblick auf den Zugang zu digitalen öffentlichen Diensten ist auch der Regulierungsrahmen für eine europäische digitale Identität (EUid-Rahmen, vgl. EU-Wochenbericht Nr. 21-2021 vom 07.06.2021) angeführt. Mit Ausnahme von DSA und DMA, welche im Wettbewerbsfähigkeitsrat behandelt werden, ist für die genannten Gesetzgebungsverfahren die Ratsformation zu „Telekommunikation“ zuständig. In der Ratsformation wird auch der Vorschlag eines Rechtsaktes über Daten (Data Act) nach der noch ausstehenden Veröffentlichung behandelt. Das Thema KI soll ebenfalls in verschiedenen Formaten wie einer hochrangigen Konferenz behandelt werden. Die Ratsformation „Inneres und Justiz“ möchte sich den möglichen Auswirkungen von KI auf die Grundrechte widmen und für die Ratsformation zu „Beschäftigung, sozialen Angelegenheiten und Chancengleichheit“ werden Schlussfolgerungen über den Einfluss der Digitalisierung und KI auf die Geschlechtergleichstellung am Arbeitsmarkt angekündigt. Digitalisierung und KI werden außerdem im Bereich Bildung und dabei insb. bzgl. der Ethik in den Erziehungs- und Bildungsprozessen genannt.

## Energie und Klimapolitik

Den Bereich Energie- und Klimapolitik ordnet das Programm der slowenischen Ratspräsidentschaft der europäischen Green-Deal Maxime eines „gerechten, grünen Wandels“ zu, dessen umfassender weiterer Umsetzung gemäß der europäischen strategischen Agenda 2019-2024 wiederum zentrale Gewichtung innerhalb der von Slowenien gesetzten Priorität „Resilienz, Aufbau und strategische Autonomie der Europäischen Union“ beigemessen wird.

Vor dem Hintergrund des am 28.06.2021 endgültig verabschiedeten europäischen Klimagesetzes (vgl. Wochenbericht Nr. 24-2021 vom 28.06.2021) und dessen Zielsetzung der Klimaneutralität bis 2050 und angestrebten Emissionsreduktion um 55% im Vergleich zu 1990 bis 2030, setzt auch die slowenische Ratspräsidentschaft auf eine nachhaltig ausgerichtete wirtschaftliche Erholung von der Covid-Pandemie und wird die Verhandlungen zu dem seitens der Kommission für den 14.07. 2021 angekündigte und für die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals maßgeblichen Legislativpaket „Fit-for-55“ als Schwerpunkt des eigenen Programms einleitend aufnehmen. Das Paket umfasst insgesamt zwölf Vorschläge aus den Bereichen Verkehr, Energie und Emissionsreduktionsziele. Mit Blick auf letztere wird die slowenische Ratspräsidentschaft die Verhandlungen zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems, der Lastenteilungsverordnung sowie zu CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen und entsprechenden Überarbeitungen von Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft aufnehmen, nachdem die einzelnen Legislativvorschläge von der Kommission vorgestellt und ausdifferenziert worden sein werden.

Für den Energiebereich, so wurde von Slowenien bereits betont, setze man sich dafür ein, dass das Recht der Mitgliedstaaten auf einen jeweils optimalen Energiemix und Technologieoffenheit in den entsprechenden Rechtsakten berücksichtigt werde. Dabei wird explizit auch auf den Bereich Kernenergie verwiesen. Konkret wird die slowenische Ratspräsidentschaft hier die Verhandlungen über die die Richtlinie über erneuerbare Energiequellen (RED II) (EU) 2018/2001 und die Richtlinie über Energieeffizienz (EED) EU 2012/27 aufnehmen und am Ende des Ratsvorsitzes jeweils Fortschrittsberichte erstellen, um eine schnellstmögliche Einigung anzustreben.

Um Energie aus erneuerbaren Energiequellen optimal in das Gasnetz integrieren zu können, ist ebenfalls vorgesehen, mit der Besprechung des sogenannten Gasmarkt-Dekarbonisierungspakets (2009/73 EG) zu beginnen. Zur Senkung der Methanemissionen im Energiesektor gemäß der klimapolitischen Ambitionen der EU soll in diesem Zuge ebenfalls die Arbeit am Vorschlag der Rechtsvorschriften für Methan COM (2020) 663 als Teil der von der Kommission am 14.10.2020 verabschiedeten Methanstrategie (vgl. Wochenbericht 35-2020 vom 19.10.2020) aufgenommen werden.

Als weitere Priorität im Energiebereich benennt der slowenische Ratsvorsitz einen größtmöglichen Fortschritt bei der Behandlung der Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur (TEN-E-Verordnung) zu erzielen. Nachdem die Kommission am 15.12.2020 ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung vorgelegt hatte, wurde der am 11.06.2021 auch vom Rat der EU gebilligt



(vgl. Wochenbericht Nr. 22-2021, vom 14.06.2021), sodass unter slowenischem Vorsitz nun die notwendigen Abstimmungen mit dem Europäischen Parlament in Angriff genommen werden können, die man noch bis Ende des Jahres 2021 zum Abschluss führen will.

Zur Beratung der Vorhaben im Energiebereich hat die Ratspräsidentschaft bereits das CESEC-Ministertreffen am 21.09.2021 sowie ein nächstes informelles Energieministertreffen am 22.09.2021 terminiert – beide sollen physisch in Laibach stattfinden. Im Rahmen des informellen Energieministertreffens soll es auch eine gemeinsame Sitzung mit den Transportministern zu den gemeinsamen Herausforderungen im Bereich Elektromobilität geben. Das Treffen der Generaldirektoren hingegen ist derzeit noch in Planung, wird jedoch voraussichtlich in der zweiten Oktoberhälfte stattfinden. Der Energieministerrat (TTE) ist schließlich für den 02.12.2021 in Brüssel vorgesehen.

Im Bereich europäische Klimadiplomatie wurde zudem auf globaler Ebene bereits die Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP26) in Glasgow vom 31.10. bis 12.11.2021 als wichtigstes Gipfeltreffen hervorgehoben. Der slowenische Ratsvorsitz bereitet sich intensiv darauf vor, die Standpunkte der EU entsprechend zu koordinieren und gemeinsame Ambitionen der EU zu vertreten. Bei der Ausgestaltung dieses Mandats werde man besonderen Wert darauf legen, die führende Rolle der EU im Bereich Klimaschutz nach Maßgabe des Grünen Deals weiter auszubauen und überdies möglichst die Fertigstellung des Pariser Regelwerks (Paris Rulebook) zu erzielen.

## Verkehr

Einer besonderen Herausforderung stellt sich die slowenische Ratspräsidentschaft im Verkehrsbereich: er ist einer der am stärksten von der Coronakrise betroffenen Sektoren, gleichzeitig ist es auch der Bereich, der in Zukunft am meisten CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen muss. So steht die Erholung des Sektors einerseits und der Übergang zu einer nachhaltigen, innovativen Mobilität andererseits auf dem Programm der Slowenen. Der Vorsitz legt seine Priorität klar auf die Überarbeitung der Richtlinie für den Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFID), welche die Europäische Kommission am 14.07.2021 vorstellt, und dem im Herbst erwarteten „ReFuel-Aviation“ Vorschlag, welcher alternative Kraftstoffe im Flugverkehr fördern soll. Spiegelgleich wird für den Seeverkehr der Vorschlag „ReFuel – Maritim“ erwartet. Für dieses Paket strebt die Ratspräsidentschaft eine allgemeine Ausrichtung, bzw. Teileinigungen an. Ein Schwerpunkt soll der Ausbau ausreichender Ladestationen und die Förderung von Elektrofahrzeugen darstellen.

Ein weiterer Fokus liegt auf der Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V), welche ebenfalls nach dem Sommer erwartet wird. Ziel des Vorschlages ist der Aufbau eines europäischen Infrastrukturkernnetzes bis 2030, welches den Binnenmarkt stärkt und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union steigert. Erste Diskussionen sollen mit den Experten der Mitgliedsstaaten und der Kommission geführt und ein Fortschrittsbericht erstellt werden. In dem Kontext wird die Konnektivität mit dem Westbalkan und die Kooperation mit der Transportgemeinschaft eine der horizontalen Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft darstellen. Ein Teil des für November 2021 vorgesehenen Infrastrukturpakets wird auch die Überarbeitung des Vorschlags für intelligente Transportsysteme (ITS) sein, welche die Automatisierung und Digitalisierung des Verkehrssektors vorantreiben soll. Der slowenische Vorsitz wird die Beratung auf Arbeitsebene aufnehmen und einen Fortschrittsbericht erstellen. Im Landverkehr wird die slowenische Ratspräsidentschaft die Trilogie zu den gemieteten Fahrzeugen weiterführen. Außerdem steht ein Aktionsplan zur Stärkung des Eisenbahnverkehrs auf der Agenda. Ebenso kündigte die slowenische Ratspräsidentschaft an, an dem Thema städtische Mobilität und dem Europäischen Mobilitäts-Datenraum zu arbeiten. Im Flugverkehr liegt der Hauptaugenmerk auf dem Beginn der Verhandlungen zum Einheitlichen Europäischen Luftraum (SES II). Des Weiteren kündigte der slowenische Vorsitz eine Ratsschlussfolgerung zum Thema Fahrgastrechte an.



Am 06.07.2021 fand bereits eine hochrangige politische Konferenz zu den grenzüberschreitenden Verbindungen der Westbalkanländer statt. Weitere Events rund um das Europäische Jahr der Schiene 2021 sind von der slowenischen Ratspräsidentschaft angekündigt worden. Am 09.12.2021 tagt der Verkehrsministerrat mit dem Schwerpunkt „Fit for 55“-Packet, alternative Kraftstoffe und einer politischen Aussprache zu dem November-Packet der Kommission (TEN-V, städtische Mobilität und ITS).

## **Justiz, Inneres, Migration und Erweiterung (Westbalkan)**

### **Rechtsstaatlichkeit**

Eine der vier Hauptprioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft ist die Förderung einer Union, die auf einer europäischen Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleichen Maßstäben für alle beruht. Im Rahmen der Priorität plant die Präsidentschaft die Behandlung des zweiten Rechtsstaatlichkeitsberichts der Kommission, der Ende Juli 2021 veröffentlicht werden soll, sowie eine Fortsetzung der Diskussion über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten. Dabei soll der Dialog die Mitgliedstaaten in einer europäischen Wertegemeinschaft zusammenbringen und zugleich ein besseres Verständnis für verschiedene verfassungsrechtliche Lösungen in den Mitgliedstaaten wecken. In dem Zusammenhang wird seitens der Slowenen die umstrittene Gründung einer Europäischen Einrichtung für Verfassungsdemokratie vorgeschlagen, welches eine gleichberechtigte und systematische Behandlung von verschiedenen verfassungsrechtlichen Ordnungen und Praxen gewährleisten soll. Dazu soll ein Institut gehören, in dem Experten aus allen Mitgliedstaaten zusammenkommen, um der Kommission und den Mitgliedstaaten unabhängige Analysen zu spezifischen Fragen der Rechtsstaatlichkeit im Rahmen von Verfahren zur Verfügung zu stellen. Durch die Einrichtung soll nach Auffassung Sloweniens ebenfalls die Möglichkeit einer externen Kontrolle der EU-Institutionen in Fragen der Rechtsstaatlichkeit geschaffen werden. Letzteres Vorhaben wird von vielen Akteuren, u.a. der Kommission, kritisch gesehen, da die Schaffung eines solchen Instituts, welches auf einer gemeinsamen polnischen, ungarischen und slowenischen Idee beruht, die bestehenden rechtsstaatlichen Standards in der EU aufweichen könnte.

Das Thema „Rechtsstaatlichkeit“ sorgte am ersten Tag der slowenischen Ratspräsidentschaft bereits bei dem Antrittsbesuch der Kommission in Slowenien für einen Eklat. Auf eine Frage der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Unabhängigkeit der slowenischen Justiz, beschwerte sich der slowenische Ministerpräsident Janez Janša über angeblich kommunistische Richter und Abgeordnete in seinem Land und zeigte dazu ein Foto, auf dem von Janša kritisierte Richter eingekreist waren. Zwei weitere Personen wurden als Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament identifiziert. Janša wertete das Foto als Beweis für die „kommunistische Unterwanderung“ der Justiz. In der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz mahnte die Kommissionspräsidentin an, sich an rechtsstaatliche Standards zu halten. Auch sei Vertrauen das wertvollste Kapital der EU, wozu auch das Vertrauen in ein unabhängiges Justizsystem gehöre.

Des Weiteren ist beabsichtigt, den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention voranzubringen.

### **Kampf gegen illegale Inhalte und Hassrede**

Ein weiterer Schwerpunkt der slowenischen Ratspräsidentschaft liegt auf dem Kampf gegen illegale Inhalte und Hassrede im Internet, u.a. im Rahmen der Arbeiten am Gesetzgebungsvorschlag zum Gesetz über Digitale Dienste (DSA). Hierzu ist eine hochrangige Konferenz am 28.10.2021 geplant. Ebenfalls soll der Schutz von Kinderrechten dabei im Fokus stehen.

### **Künstliche Intelligenz und Grundrechte**

Im Rahmen der Beratungen zum Verordnungsvorschlag für harmonisierte Regelungen für Künstliche Intelligenz (Gesetz über KI, COM (2021) 206 final), die vorangetrieben werden sollen, beabsichtigt der



Ratsvorsitz den ethischen Aspekten von KI und dem Schutz der Grundrechte beim Einsatz von KI besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

## **Zivilrecht**

Im Bereich des Zivilrechts will die slowenische Präsidentschaft die Verhandlungen über den Beitritt der EU zum Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- und Handelssachen anstoßen. Ebenfalls soll ein größtmöglicher Fortschritt bei den Arbeiten betreffend des Legislativvorschlags für die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) (COM (2021) 189) erzielt werden. Sobald die Kommission im Herbst 2021 ihren Legislativvorschlag zur nachhaltigen Unternehmensführung vorgelegt haben sollte, soll mit den Arbeiten hieran begonnen werden.

## **Strafrecht**

Im Bereich des Strafrechts beabsichtigt die slowenische Ratspräsidentschaft, eine Einigung zu den schwierigen Trilogverhandlungen bei der Sicherung und Herausgabe von elektronischen Beweismitteln in Strafsache (sog. E-Evidence Paket) zu erzielen.

## **Digitalisierung**

Fortschritte sollen zudem bei der Digitalisierung der Justiz erzielt werden. So soll eine erste Diskussion zum (für das 4. Quartal angekündigte) Legislativvorhaben zur Digitalisierung der justiziellen Kooperation stattfinden.

## **Innere Sicherheit**

In Anbetracht der Auswirkungen der Pandemie ist das Thema Resilienz für die slowenische Ratspräsidentschaft von großer Bedeutung. Die neue Präsidentschaft legt insbesondere einen Fokus auf die Stärkung der Handlungs- und Reaktionsfähigkeit der EU im Umgang mit komplexen, modernen Herausforderungen, wie z.B. Bedrohungen durch Cyberangriffe. Aus dem Grund plant die Präsidentschaft grundlegende Fortschritte in der Arbeit zur Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der EU (NIS2-Richtlinie, COM(2020) 823 final). Der wachsenden Anfälligkeit für Bedrohungen der inneren Sicherheit soll mit einem umfassenden und vor allem koordinierten Ansatz begegnet werden. Eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik soll dazu beitragen, Bedrohungen der inneren Sicherheit künftig aktiver verhindern und bekämpfen zu können. Dafür sei auch ein besserer Umgang mit Falschinformationen, z.B. durch strategische Kommunikation, notwendig. Im Kampf gegen Terrorismus und jegliche Formen von religiöser oder ideologischer Radikalisierung strebt der neue Vorsitz eine enge Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten der EU und gleichgesinnten Drittstaaten an.

## **Katastrophen- und Zivilschutz**

Im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes wird die Bedeutung der Widerstandsfähigkeit von kritischen Infrastrukturen gegenüber Natur- und anderen Katastrophen hervorgehoben. Sie spielen eine grundlegende Rolle für die innere Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger der EU, was besonders während der Pandemie deutlich geworden sei. Die Präsidentschaft plant, in den nächsten sechs Monaten entscheidende Fortschritte bei den Verhandlungen zur Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (COM(2020) 829 final) zu erzielen. Zudem soll der EU-Zivilschutzmechanismus in allen Phasen des Katastrophenschutzmanagements gestärkt werden. Dazu sollen u.a. die Ziele der EU für die Katastrophenresilienz sowie das EU-Wissensnetzwerk für den Katastrophenschutz weiterentwickelt werden.





## Schengen und Grenzschutz

Darüber hinaus legt Slowenien ein besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung Schengens hin zu einem stärkeren und widerstandsfähigeren Raum der Freiheit ohne Binnengrenzen. Der Schengen-Raum soll zukünftigen Herausforderungen – vor allem an den EU-Außengrenzen – besser gewachsen sein. Die slowenische Präsidentschaft führt die Sicherstellung einer funktionierenden Arbeitsweise Schengens als grundlegendes Element ihrer Bestrebungen an. Der Fokus liegt dabei auf der Strategie zur Zukunft des Schengen-Raums (COM(2021) 277 final), der Überarbeitung des Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus (COM(2021) 278 final) sowie auf der für Ende 2021 geplanten Neufassung des Schengener Grenzkodex. Ebenso soll der operationelle Ausbau der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) weiter unterstützt werden. Zudem sei eine verbesserte Kooperation der Strafverfolgungsbehörden und ein verstärkter Informationsaustausch für den Kampf gegen Menschenhandel und andere Arten von organisierter Kriminalität an den Grenzen unerlässlich. Diesbezüglich sei besonders die derzeitige Reform der Europol-Verordnung (COM(2020) 791 final, COM(2020) 796 final) von Bedeutung.

## Asyl und Migration

Die neue Ratspräsidentschaft plant, die Verhandlungen zu den Gesetzesvorschlägen des neuen Migrations- und Asylpakets von September 2020 weiter voranzubringen. Zu den Zielen Sloweniens zählt ein effektiverer Umgang mit illegaler Migration, ein effizienterer Schutz der EU-Außengrenzen, eine konsequentere Rückführungspolitik und die Entwicklung eines umfassenden, europäischen Systems für Asyl- und Migrationsmanagement. Vor dem Hintergrund wird sich die Ratspräsidentschaft auch für den Ausbau von wechselseitig gewinnbringenden Partnerschaften mit Herkunfts-, Transit- und Zielländern einsetzen. Zudem soll ein politischer Konsens zu den Konzepten der Solidarität und Verantwortung gefunden werden.

## Westbalkan

Die EU-Erweiterung und insbesondere die Länder des Westbalkans stellen eine geographische Priorität der slowenischen Präsidentschaft dar. Der Vorsitz strebt an, die Integration der Westbalkanländer unter der neuen Methodologie für die Erweiterung weiter voranzutreiben. Dazu sind Anstrengungen für eine verstärkte Ausgestaltung der Partnerschaften mit den Ländern der Region vorgesehen. Im Kontext der Sicherheit und Migration plant Slowenien eine intensivere Kooperation im Migrationsmanagement sowie eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität. Im Fokus der Bemühungen steht der für Oktober geplante EU-Westbalkan-Gipfel in Brdo pri Kranju. Des Weiteren organisiert die Präsidentschaft ein Treffen der Innenminister und Innenministerinnen der Westbalkanländer im Dezember 2021.

Die erste informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Justiz und Inneres findet vom 14.-16.07.2021 statt. Die formellen Tagungen des Rates für Justiz und Inneres sind für den 07./08.10.2021 sowie den 09./10.12.2021 geplant.

## Gleichstellung

Unter den Prioritäten des slowenischen Ratsvorsitzes zum Kernthema Resilienz ist die Gleichstellung von Frauen und Männern zur Förderung einer widerstandsfähigen Gesellschaft ein thematischer Schwerpunkt. So wird die slowenische Ratspräsidentschaft versuchen, Fortschritte bei der Richtlinie für verbindliche Lohntransparenzmaßnahmen zu erzielen, nachdem die portugiesische Ratspräsidentschaft keine allgemeine Ausrichtung im Rat erzielen konnte (siehe EU-Wochenbericht Nr. 09-2021 vom 08.03.2021). Slowenien plant hierzu bereits im Juli 2021 einen neuen Kompromisstext vorzulegen. Ebenso sind unter slowenischem Vorsitz Schlussfolgerungen des Rates zu den Auswirkungen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.



Zur beabsichtigten Förderung der politischen Debatte über das Europa der Gleichberechtigung wird Slowenien im Rat die Entwicklungsherausforderungen ländlicher Gebiete thematisieren, worunter auch die Rolle der Frauen in ländlichen Gebieten fällt. Zudem ist die Gleichstellung von Männern und Frauen im Bereich der Forschungsförderung ein angekündigter Kernaspekt. Der slowenische Ratsvorsitz möchte einen neuen inklusiven Verwaltungsrahmen für den Europäischen Forschungsraum schaffen und richtet dabei unter anderem auch den Blick auf die Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung. Ferner möchte Slowenien multilaterale Geschlechtergleichstellungsinitiativen bei der kommenden Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation vordergründig behandeln, die vom 30.11. bis 03.12.2021 in Genf stattfinden wird.

Auf Basis des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs vom 26.05.2021 zur Integration der Geschlechterperspektive in den Haushaltsverzug der Europäischen Union beabsichtigt die neue Ratspräsidentschaft, einen Entwurf für Ratsschlussfolgerungen vorzulegen. Dieser soll im September vorbereitet werden und im Oktober im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz gebilligt werden. Der Rechnungshof hatte in seinem Sonderbericht kritisiert, dass Gleichstellungsaspekte im Haushalt der Europäischen Union nicht durchgängig berücksichtigt werden.

Die Arbeit des slowenischen Ratsvorsitzes wird auch darauf gerichtet sein, den Prozess der Ratifizierung der ILO Konvention 190 gegen geschlechtsspezifische Gewalt am Arbeitsplatz voranzutreiben. Die notwendige Zustimmung aller Mitgliedstaaten im Rat scheiterte bislang an einigen wenigen Mitgliedsstaaten, die einen Beschluss blockieren. Gleiches gilt für die Richtlinie zur ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Unternehmensvorständen, die seit mehreren Jahren im Rat blockiert wird. Slowenien hat sich in der Trio-Ratspräsidentschaft mit Deutschland und Portugal gemeinsam dafür ausgesprochen, einen entscheidenden Fortschritt bei den Verhandlungen über den Vorschlag zu erlangen. Nicht alle Mitgliedstaaten unterstützen bisher eine europäische Gesetzgebung hierfür. Überdies sind einige Mitgliedstaaten der Ansicht, dass verbindliche Maßnahmen nicht der geeignete Weg seien, das Ziel einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Führungsebenen zu verfolgen.

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen wird Slowenien am 25.11.2021 ein hochrangig besetztes Webinar zur Bekämpfung von Cybergewalt gegen Frauen organisieren.

## **Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz**

Themen des Umwelt-, Natur- und des Verbraucherschutzes, aber auch der Landwirtschaft werden im Programm der slowenischen Ratspräsidentschaft ausschließlich unter der Priorität 1 „Resilienz und Aufbau der Europäischen Union / Strategische Autonomie der Europäischen Union“ adressiert. Mit Blick auf die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals formuliert der slowenische Ratsvorsitz Schwerpunkte in den Bereichen Klimawandel, Biodiversität und Kreislaufwirtschaft - hier mit Augenmerk auf die Anwendung grüner Technologien, um die Stellung europäischer Unternehmen im internationalen Kontext sicherzustellen und die Abhängigkeit der Union von kritischen Rohstoffen zu reduzieren.

Im Einzelnen strebt der Ratsvorsitz mit Blick auf den Vorschlag der Europäischen Kommission vom 10.12.2020 für eine neue Verordnung über Batterien und Altbatterien (COM(2020) 798/3; vgl. EU-Wochenbericht Nr. 43-2020 vom 14.12.2020) eine allgemeine Ausrichtung des Rates an, die das Konzept eines Produktlebenszyklus und die Herausforderungen der zunehmenden Nutzung von Batterien in den Mittelpunkt stellt. Für die von der Kommission beabsichtigte gründliche Überarbeitung der Abfallverbringungsverordnung ((EG) Nr. 1013/2006, vgl. EU-Wochenbericht Nr. 10-2020 vom 16.03.2020) beabsichtigt der Vorsitz, eine Debatte voranzutreiben, die sich mit der verringerten Ausfuhr von Abfällen aus der EU, der erleichterten Verbringung von Abfällen für ein Recycling innerhalb der EU und der besseren Nutzung von Sekundärrohstoffen befasst; allerdings wird die Kommission ihren angekündigten Vorschlag später als zunächst geplant und womöglich erst gegen Ende des slowenischen Ratsvorsitzes vorlegen. Für den Bereich Biodiversität wird der slowenische Ratsvorsitz die Bemühungen um die Verabschiedung eines ehrgeizigen globalen Biodiversitätsrahmens für die Zeit nach 2020 für die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt



(COP15) in Kunming, China, unterstützen und hierzu gegebenenfalls Schlussfolgerungen des Rates vorbereiten. Auf EU-Ebene will sich der slowenische Ratsvorsitz für die Verringerung des Verlusts an biologischer Vielfalt durch Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ökosystemen und andere Maßnahmen im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 einsetzen.

Hinsichtlich des Verbraucherschutzes will der slowenische Vorsitz größtmögliche Fortschritte bei der Umsetzung der neuen Verbraucheragenda ((COM(2020) 696), vgl. EU-Wochenbericht Nr. 39.-2020 vom 16.11.2020) anstoßen. In dem Kontext wird Slowenien auf der Grundlage der von der Europäischen Kommission am 30.06.2021 vorgelegten Legislativvorschläge (siehe die jeweiligen Beiträge im EU-Wochenbericht Nr. 25-2021 vom 05.07.2021) die Verhandlungen über die Überarbeitung der Richtlinien über Verbraucherkreditverträge (2008/48/EG) und über die allgemeine Produktsicherheit (2001/95/EG) mit dem Ziel führen, den Verbraucherschutz an neue soziale und technische Herausforderungen anzupassen und die Rechte der Verbraucher beim grünen Wandel zu stärken. Auch wird der Vorsitz auf Belange des Verbraucherschutzes bei den Verhandlungen zum Digitalpaket (Gesetz über digitale Märkte (DSA) und Gesetz über digitale Dienste (DMA)) achten.

## Land- und Forstwirtschaft

Im Rahmen der grundlegenden Priorität des Vorsitzes, eine stärkere und widerstandsfähigere EU auszubauen, spielt auch die Gewährleistung einer uneingeschränkten Lebensmittelversorgung bei der Stärkung des Krisenmanagement-Systems eine wichtige strategische Rolle. Daher soll die Diskussion bezüglich eines europäischen Notfallplans zur Gewährleistung der Lebensmittelversorgung und der Ernährungssicherheit vorangebracht werden. Grundsätzlich will der slowenische Ratsvorsitz in der Landwirtschaft diejenigen nachhaltigen Lösungen unterstützen, durch die die Landwirtschaft in die Systeme zur Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen integriert und die Erhaltung des ländlichen Raums, einschließlich der Verknüpfung von Landwirtschaft und Tourismus, berücksichtigt wird.

Der slowenische Ratsvorsitz strebt Schlussfolgerungen des Rates zur besonderen Bedeutung der ökologischen Landwirtschaft und dem hierzu von der Kommission vorgelegten EU-Aktionsplan zur Förderung der ökologischen/biologischen Produktion an (SWD(2021) 65 final; vgl. EU-Wochenbericht Nr. 12-2021 vom 29.03.2021).

Der Abschluss der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach der noch vom portugiesischen Ratsvorsitz erreichten politischen Einigung (vgl. EU-Wochenbericht Nr. 24-2021 vom 28.06.2021) stellt die vorrangige Priorität in diesem Bereich für den übernehmenden slowenischen Vorsitz dar. Weitere Prioritäten setzt der slowenische Ratsvorsitz in den Bereichen langfristige Entwicklung ländlicher Gebiete (siehe hierzu auch Mitteilung der Kommission vom 30.06.2021; EU-Wochenbericht Nr. 25-2021 vom 05.07.2021), wie etwa durch Digitalisierung oder die Stärkung der Rolle von Frauen in ländlichen Gebieten, die Herkunftskennzeichnung im Lebensmittelbereich sowie Pflanzengesundheit und die Beachtung von phytosanitären Anforderungen an Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse bei Verhandlungen über Handelsabkommen mit Drittstaaten. Ebenso sollen Schwerpunkte im Bereich der Tiergesundheit, der biologischen Sicherheit im Zusammenhang mit Tierseuchen und zu aktuellen Fragen im Bereich des Tierwohls gesetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk will der Ratsvorsitz auch der für den 14.07.2021 erwarteten Mitteilung der Kommission zu einer neuen EU-Waldstrategie nach 2020 widmen und will sich im Rahmen der Forst- und forstbezogenen Politik für die Rolle der Wälder und der Forstwirtschaft bei der Erhaltung und Entwicklung des ländlichen Raums und der Förderung der Kreislaufwirtschaft einsetzen und die Ersetzung von fossilen und energieintensiven Rohstoffen durch Holz sowie eine nachhaltige, multifunktionale und naturnahe Waldbewirtschaftung im Kontext der Erhaltung der Biodiversität der Wälder fördern.



## Nachhaltigkeit

Der slowenische Vorsitz wird sich für einen größtmöglichen Fortschritt betreffend des Legislativvorschlags der Kommission zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen einsetzen (COM (2021) 189; vgl. EU-Wochenbericht Nr. 15-2021 vom 26.04.2021).

## Entwicklungspolitik

Besondere Aufmerksamkeit soll im Bereich der Entwicklungspolitik dem Thema „Wasser“ – zu dem der Vorsitz die Annahme von Schlussfolgerungen des Rates im November 2021 anstrebt – und den entwicklungspolitischen und humanitären Aspekten der Folgen der Pandemie gewidmet werden, mit einem Schwerpunkt auf der globalen Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung. Besondere Bedeutung will der Vorsitz den verschiedenen entwicklungsbezogenen Aspekten der Folgen der Pandemie im Rahmen des neuen EU-Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) und durch den gemeinsamen Ansatz „Team Europe“ widmen. Weiterhin will der slowenische Vorsitz sich für eine zügige Ratifizierung des im Dezember 2020 vereinbarten Cotonou-Folgeabkommens einsetzen, bevor das bis zum 30.11.2021 verlängerte aktuelle Cotonou-Abkommen ausläuft (siehe dazu Notiz im EU-Wochenbericht Nr. 42-2020 vom 07.12.2020 und Beitrag im EU-Wochenbericht Nr. 14-2021 vom 19.04.2021).

## Kommunales und Bau

Als Ratsvorsitzland plant Slowenien der Initiative Neues Europäisches Bauhaus besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Initiative der Europäischen Kommission wird mit dem Ratsvorsitz Sloweniens im September 2021 in die Realisierungsphase gehen. Es soll als multidisziplinäres Projekt Design, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Investitionen im Bausektor verbinden, um einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der Verbesserung der Wohnqualität zu leisten (siehe EU-Wochenbericht Nr. 02-2021 vom 18.01.2021). Sie gehört zur Strategie für eine „Renovierungswelle“, die am 14.10.2020 durch die Kommission angekündigt wurde (vgl. COM (2020) 662 final, siehe auch EU-Wochenbericht 36-2020 vom 26.10.2020).

Eine weitere Priorität ist es, noch unter slowenischem Vorsitz auf den im Rahmen der Strategie für eine Renovierungswelle angekündigten Revisionsvorschlag der Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden 2010/31/EU im Rat einzugehen. Der ist Teil des Fit-for-55-Legislativpakets, allerdings erst für das vierte Quartal 2021 angekündigt.

Der slowenische Ratsvorsitz wird außerdem mit der angekündigten „Ljubljana Erklärung“ die nächste Generation der Urbanen Agenda für die Europäischen Union etablieren. Die Städteagenda trägt dazu bei, die Prinzipien für integrierte Stadtentwicklung der Neuen Leipzig-Charta umzusetzen. Die Präsentation eines ersten Entwurfs der Erklärung ist für Juli 2021 angekündigt. Die für Oktober 2021 geplante Einigung soll im November bei einem informellen Ministertreffen in Ljubljana verabschiedet werden.

## Kultur und Wissenschaft

Im Bereich Forschung unterscheidet die slowenische Präsidentschaft vier inhaltliche Themenbereiche: 1. europäische Partnerschaften, 2. internationale Zusammenarbeit, 3. Europäischer Forschungsraum und 4. Gleichstellung der Geschlechter in der Forschung.

Für die Einbindung von Drittstaaten stellt das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa für Slowenien einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Einbindung in den Europäischen Forschungsraum dar. Im Kontext von internationaler Zusammenarbeit hebt der Ratsvorsitz im Bereich Forschung die Kooperation mit den Westbalkanstaaten im Europäischen Forschungsraum politisch hervor. Der Schwerpunkt soll hier auf dem Beitritt von Drittstaaten zum Programm Horizont Europa und auf der Erarbeitung des Standpunkts des Rates zu der Mitteilung über das globale Konzept für Forschung und Innovation liegen. Den Rahmen aller Aktivitäten in der Forschung und Innovation in



Europa stellt der sogenannte Europäische Forschungsraum (EFR) dar. Der Vorsitz möchte einen neuen, inklusiven Verwaltungsrahmen für den EFR schaffen.

## **Konferenz zur Zukunft Europas**

Die Konferenz zur Zukunft Europas steht an zweiter Stelle der Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft. Unter Sloweniens Vorsitz wird nach der bisherigen Zeitplanung der größte Teil der Konferenz zur Zukunft Europas stattfinden. Das beinhaltet die Veranstaltung von zwei Plenarversammlungen und mehreren europäischen Bürgerforen. Darüber hinaus soll das 16. Strategische Forum Bled Anfang September unter Beteiligung der prominentesten europäischen Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas organisiert werden. Zudem werde es eine Konferenz mit den prominentesten ehemaligen europäischen Staats- und Regierungschefs geben, bei der über ungenutzte Chancen der Europäischen Union gesprochen werden soll.

Das Programm formuliert ausdrücklich, dass verschiedene legitime Meinungen zur Gestaltung gemeinsamer Lösungen für die Zukunft gehört werden sollen. Nur eine ehrliche und auf historischen Erfahrungen gestützte Diskussion könne zur Stärkung der Europäischen Union führen. Betont werden hierbei die Werte der konstitutionellen Demokratie sowie der Schutz der europäischen und nationalen Identitäten. Ziel des slowenischen Ratsvorsitzes sei es, eine gemeinsame Vorstellung darüber zu entwickeln, welche Herausforderungen einerseits nur auf EU-Ebene und andererseits besser individuell von den Mitgliedstaaten bewältigt werden können. Für letztgenannten Punkt benötigten die Mitgliedstaaten innerhalb der EU ihre Autonomie. Im Rahmen dieser Zielsetzung organisiere Slowenien eine Reihe von Veranstaltungen, die eine breite und inklusive Diskussion über die wichtigsten Fragen zur Entwicklung der Union ermöglichen würden. In den Diskussionen werde man auch jungen Menschen zuhören. Als weitere inhaltliche Themenpunkte definiert der slowenische Ratsvorsitz die bisherige und künftige Entwicklung der europäischen Werte sowie mögliche Ergänzungen des institutionellen Rahmens und der Arbeitsweise der Europäischen Union.

Der slowenische Ratsvorsitz sichert zu, dass er alles dafür tun werde, dass die Arbeit der Konferenz gemäß den Plänen fortgesetzt wird. Somit würde die Konferenz im Frühjahr 2022 unter französischem Vorsitz abgeschlossen werden. Der Zeitplan gilt aber noch nicht als gesichert.

---

Weiterführende Informationen:

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/programm/das-programm-des-slowenischen-vorsitzes-im-rat-der-europaischen-union/>